

Schweizerzeit 11.5.2007

Islam: Aufklären statt verschleiern!

von Kantonsrat Lukas Reimann, Wil

Die Pläne zum Bau von islamischen Zentren und Minaretten in Bern, Langenthal, Wangen und Wil zeigen, dass die Schweizer Moslems eine klare Strategie haben, um die Islamisierung der Schweiz voranzutreiben. Immer dreistere Forderungen werden gestellt. Auch lässt sich eine zunehmende Radikalisierung unter Schweizer Moslems feststellen. Die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten ist deshalb nötiger denn je.

Immer dreistere Forderungen

Die Meldungen über dreiste Forderungen von Moslems in der Schweiz häufen sich. An einer Aargauer Schule mussten alle Glücks-Schweinchen in einem Mathematik-Buch für die Primarschule überklebt werden, weil es von Eltern islamischen Glaubens massiven Protest hagelte. Ein unreines Tier habe in einem Schulbuch nichts zu suchen. Auch Weihnachtsfeiern werden an Schulen in der ganzen Schweiz in Frage gestellt, weil sich islamische Kinder nicht an Feiern von Ungläubigen beteiligen dürfen. Kopftuchdebatten, Auseinandersetzungen um Sportunterricht an Schulen oder Zwangsehen sind leider auch in der Schweiz zur Tagesordnung geworden.

Immer häufiger werden ganz konkrete, politische Forderungen gestellt. So fordert etwa Ismail Amin, Präsident der Vereinigung Islamischer Organisationen Zürich, die öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islams als Religion. Der Islam soll damit in der Schweiz den christlichen Religionen in allen Bereichen - vom Religionsunterricht bis hin zur Kirchensteuer - gleichgestellt werden. Auf der Webseite der Muslim Student Association Zürich findet sich gar die Forderung, das Schweizer Rechtssystem (z.B. das Eherecht oder das Strafrecht) müsse dem Islam angepasst werden. Immer öfter wird in Schweizer Gemeinden ein islamischer Friedhof gefordert, da die Schweizer Friedhöfe unrein und von "Ungläubigen" verschmutzt seien. Auch dass innerhalb von kurzer Zeit Grossprojekte für Minarett-Bauten und islamische Zentren wie Pilze aus dem Boden schießen, zeigt auf, dass die Hintermänner der Islam-Vereine eine klare Strategie haben: Die Schweiz soll islamisiert werden.

Strategische Unterwanderung

Nicht nur demografisch über die Einwanderung, wo eine enorme Zunahme insbesondere von islamischen Jugendlichen feststellbar ist, werden diese

Forderungen gestärkt. Um den politischen Einfluss zu erhöhen, empfehlen Vereinigungen wie die "Ligue des musulmans de Suisse" ihren Mitgliedern auch, sich möglichst rasch einbürgern zu lassen. Mit Erfolg: Immer häufiger stellen Personen muslimischen Glaubens ein Einbürgerungsgesuch. Heute dürften sich rund 40'000 Personen mit einem Schweizer Pass zum Islam bekennen und täglich werden es mehr.

Noch grösseren Einfluss als die Politik kann bekanntlich Geld haben. Und so werden zunehmend - inzwischen sogar von europäischen Banken - Schariah-konforme Anlagen angeboten. Schon Billionen von Franken sollen im sogenannten "Islamic Banking" angelegt worden sein. Dieses Geld wird ausschliesslich in strikte die islamischen Gesetze einhaltende Unternehmen investiert. Und von da fliesst das Geld oft weiter, um Islam-Zentren und Minarette, die weltweite Islamisierung oder gar Terroraktionen zu finanzieren.

Hausdurchsuchung in Lugano bringt brisanten Plan ans Licht

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Terroranschläge vom 11. September gab es im Tessin bei Personen aus dem Umfeld der al-Taqwa-Bank Untersuchungen. Bei einer Hausdurchsuchung von Yusuf Nada in Lugano wurde ein 14-seitiges Strategiepapier gefunden, welches aufzeigt, wie der Islam die Macht übernehmen könne. Das Papier ist gut durchdacht und langfristig angelegt, um die westlichen Staaten kulturell zu erobern. Gepaart mit tarnenden Schlagworten wie "Dialogbereitschaft" oder "Integrationswille" wird im Papier etwa von der gezielten Infiltration muslimischer Verbände, Netzwerkbildung, Errichtung finanzieller Netze, Aufbau von Überwachungseinrichtungen und Datensammlungen, Schaffung von sozialen Einrichtungen wie eigenen Schulen, Vorbereitung islamischer Verfassungen und Gesetze für den Westen oder der Unterstützung von Dschihad-Bewegungen mit Propaganda, Geld, Technik, Personal, Gebeten und Logistik gesprochen. Schlussendlich geht es nur um eines: Europäische Freiheits- und Grundrechte sollen zerstört werden. Nach der Hausdurchsuchung sagte Yusuf Nada vor Gericht aus, das Papier sei von "islamischen Gelehrten" aus den Reihen der Muslimbruderschaft verfasst worden. Es ist also äusserst ernst zu nehmen.

Radikalisierung Schweizer Moslems

Das Islamische Zentrum in Genf machte schon mehrfach von sich reden. In Genf hat Tariq Ramadan bereits 1993 die Aufführung von Voltaires Mahomet verhindert. Er plädierte für ein groteskes "Moratorium" der Steinigung von Ehebrecherinnen und Ehebrechern. Auch verteidigte er während der Kopftuch-Debatte die Kleidung der Muslimin als "Zeichen ihrer Identität" und als "islamische Pflicht". In den USA ist er mit einem bis heute gültigen Einreise-Verbot belegt worden, weil er terroristische Vereinigungen materiell unterstützt habe. Sein

Bruder Hani Ramadan, der Lehrer am Islamischen Zentrum in Genf war, wurde entlassen, nachdem er die Steinigung bei Ehebruch legitimierte. Hani Ramadan ist ein Fundamentalist. Sein Weltbild zielt auf den weltweiten, islamischen Herrschaftsanspruch. Beide Brüder sind davon überzeugt, dass sich nicht der Islam dem Westen, sondern der Westen dem Islam anpassen muss.

Im Frühling 2007 wurde plötzlich derjenige Teil des Genfer Personals, welcher einen liberaleren Islam vertrat, entlassen und durch dubiose Personen - direkt aus Saudi-Arabien eingeflogen - ersetzt. Nach aussen wurde geschwiegen. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete, dass gemäss Insidern ein interner Kulturkampf zwischen Vertretern eines moderaten Islams und den Fundamentalisten herrsche. Die Tendenz, dass liberale Moslems durch Fundamentalisten ersetzt werden, entspricht genau dem oben erwähnten Strategie-Papier.

Rückschritt ins Mittelalter

Islam-Vertreter verweisen immer wieder auf Kreuzzüge. Gewiss, auch in Europa herrschte einmal das Mittelalter. Aber wir haben uns entwickelt: politisch, demokratisch, geistig, technologisch. Und heute leben wir in unserer modernen, aufgeklärten Schweiz. Hier fühlen wir uns wohl und dies soll so bleiben.

Der Islam hingegen blieb etwa im 9. und 10. Jahrhundert stehen und von einer solchen „aufklärerischen Belästigung“ weitgehend verschont. Eine Trennung zwischen Religion, Politik und Gesetzen gibt es nicht. Menschenrechte werden missachtet. Die Schweiz hat die Pflicht, die vollständige Akzeptanz unserer Gesetze und Grundwerte durch islamische Einwanderer einzufordern. Die Gewährung jeder noch so geringfügig scheinenden Konzession, die auch nur andeutungsweise zur Etablierung einer parallelen Rechtsprechung ermuntern könnte, ist zu vermeiden. Einwanderer, die unsere Schweiz nicht akzeptieren können oder wollen, gehören nicht hier hin. Es gibt für sie genügend islamische Länder, wo sie leben können, wie sie wollen. Die Schweiz jedoch soll ein freiheitliches, modernes Land mit christlich-abendländischer Prägung bleiben.

Aufklären statt verschleiern

"Aufwachen!", fordert der neu gegründete Rat der Ex-Muslime in Deutschland. Auf seiner Internet-Seite (www.ex-muslime.de) kündigt er den "Beginn einer weltweiten islamkritischen Aufklärungsbewegung" an. Der Zentralrat der Ex-Muslime wirft Politikern eine „grenzenlose Naivität“ im Umgang mit islamischen Verbänden vor. Dieser neue Verein wird etablierte Denkschablonen aufbrechen: Islamkritiker werden von Linken und Medien schnell der Ausländerhetze bezichtigt. Jetzt wird dies so einfach nicht mehr möglich sein. Die Gründung dieses Vereins macht Hoffnung. Die Kritik am Islam wird immer stärker. Und immer mehr Menschen wachen auf oder zumindest fangen sie an, sich die Augen zu reiben. Dank der vor wenigen Tagen neu lancierten Volksinitiative gegen den

Bau von Minaretten kann eine tabulose, dringend notwendige Islam-Debatte endlich auch in der Schweiz beginnen.

Volksinitiative: dringend nötig!

Je mehr man sich mit dem Islam auseinandersetzt, desto klarer wird: Der Islam greift nach Europa, obwohl er nicht nach Europa gehört. Der Islam verändert unsere Kultur, obwohl er nicht vereinbar ist mit unserer Kultur. Der Islam versucht unser Rechtssystem zu unterlaufen, obwohl er diametral unserem Rechtssystem widerspricht. Der Islam ist die grösste Herausforderung für die Zukunft Europas. Die richtige Antwort darauf ist die eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten! Sie ist ein deutliches, wirksames Zeichen und setzt den islamisch-fundamentalistischen Auswüchsen klare Grenzen. Mit jeder Unterschrift verteidigen wir die Werte, die uns wichtig sind, die Freiheit und unsere demokratische Kultur offensiv gegen ihre Feinde. Für unsere Zukunft und für die kommenden Generationen!

Lukas Reimann, Wil